

jedem passieren! Die Häufung aber und die offensichtlich fehlende Kontrolle in der Behörde sind schon sehr bemerkenswert und peinlich.

Empörend wird der Vorgang aber durch den Umgang mit den Fehlern: Verharmlosung und Beschönigung durch Halbwahrheiten („technische Umwandlung“ als Ursache), eine sehr späte Reaktion, die Information der Betroffenen nur über die Medien, das Chaos bei der Klarstellung der Bedingungen für den Zweit-

termin, ...

Das alles offenbart ein desaströses Missmanagement in der Behörde, das viele betroffene Schülerinnen und Schüler verunsichert und verstört zurücklässt. Schüler_innen, die in der Vorbereitung auf ihr Abitur durch die Pandemiebedingungen ohnehin schon extrem benachteiligt wurden.

Darüber hinaus zeigt das Agieren der Behörde aber auch einen gedanken- und verantwortungslosen Umgang mit den

betroffenen Lehrkräften vor Ort. Diese müssen die Suppe, die die BSB ihnen eingebrockt hat, nun auslöffeln – durch viele, viele Stunden unbezahlter Mehrarbeit.

HEIKO HUMBURG
STS Horn

Dieser Artikel entstand zeitgleich und unabhängig zum Schreiben des Kommentars auf S. 65. Die Inhalte stehen nur vordergründig im Widerspruch zueinander. JG

WEITERBILDUNG

Wir sind sichtbar, wir sind laut...

„Hamburger Appell“ im Aufwind

Am 9. April haben wir trotz Corona auf dem Rathausmarkt demonstriert. Wir haben darauf aufmerksam gemacht, dass der Hamburger Senat seine Hausaufgaben nicht gemacht hat: „In allen von der Stadt beeinflussbaren Bereichen müssen die Prinzipien von guter Arbeit gewährleistet werden.“ Und: „Die Koalitionspartner werden sich daher auf Bundesebene für eine Reform des Integrationskurssystems einsetzen, die das Ziel hat, den Zugang zu Integrationskursen auszuweiten, die Lernbedingungen zu verbessern und für bessere Arbeitsbedingungen bei den Lehrkräften zu sorgen.“

Diese Leitsätze haben SPD und Grüne vor einem Jahr in ihrem Koalitionsvertrag festgelegt. Das klingt gut. Doch passiert ist bisher: nichts. Die Gespräche mit den (weiter-)bildungspolitisch Verantwortlichen der rot-grünen Regierungsparteien stocken. Das ist umso dramatischer, weil die Legislaturperiode im Bund bereits im Herbst 2021 endet und jetzt die letzte Chance wäre, noch etwas zu bewegen.

So ist es zumindest ermunternd, dass die Aktion ein gutes Presseecho gefunden hat. Taz und Abendblatt berichteten, das Fernsehen war auch da. Die Infos dazu findet ihr auf der Webseite der GEW. Anja, unsere Landesvorsitzende und Dirk, unser Geschäftsführer, haben unsere Kundgebung solidarisch unterstützt.

Damit die Weiterbildung im Gespräch bleibt, führen wir die Gespräche und Aktionen weiter. Mit der Linkspartei haben wir einen Haushaltsantrag für die Hamburger VHS auf den Weg gebracht. Hier hätte Rot-Grün eigene Gestaltungsmöglichkeiten, die Prinzipien von guter Arbeit zu gewährleisten. Die Forderungen im Einzelnen:

- Jährliche Steigerungen der Haushaltsmittel für die VHS für bezogene Leistungen von 2021 an jedes Jahr um 3 Prozent zu steigern.
- Die Honorare für freie Kursangebote auf 41 Euro zu setzen; jährliche Honorarsteigerungen um 3 Prozent.

Den Kursleitungen

- Zuschüsse zur Kranken- und Rentenversicherung von 16,2 Prozent des Honorars zu zahlen;
- ein Ausfallhonorar von 80 Prozent des Honorars bei nachgewiesener Krankheit zu zahlen.

Wir sind gespannt auf die Diskussionen in der Bürgerschaft.

Auf der zentralen 1. Mai-Kundgebung des DGB, die in Hamburg stattfand, waren wir ebenfalls präsent. „Weiterbildung: Honorare und Lohn sind ein Hohn“ konnte bundesweit im TV gesehen werden.

Dass diese Einsicht in die Systemrelevanz der Weiterbildung gerade in Hamburg noch außerordentlich ausbaufähig ist, zeigt auch der Beschluss des Senats aus der letzten Aprilwoche, allen Hamburger Lehrer_innen ein Impfangebot zu machen. Das ist aus Sicht der GEW zu begrüßen. Fast möchte man sagen: „natürlich“ hat der Senat die Weiterbildung vergessen, genauso wie im Dezember 2020, als es darum ging, die Hygieneverordnung an die schulischen Bedingungen anzupassen. Wenn es hier um Kin-



der ginge, wäre es – zugespitzt formuliert – ein Fall für ein Sorgerechtszugsverfahren.

Die Presse berichtete, und wir hoffen auf wenn auch späte Einsicht. Denn die Kursleitenden, gerade in den Sprach- und Integrationskursen, deren Teilnehmer_innen oft in beengten Unterkünften für Geflüchtete leben, haben ein deutlich höheres Risiko, an Corona zu erkranken und das Virus weiterzugeben. Andere Bundesländer wie Baden-Württemberg haben diesen Schritt schon vollzogen.

Damit die Kolleg_innen der GEW für die anstehende Bundestagswahl eine Orientierung haben, welche Parteien mit ihrer Bundesprogrammatische für uns Gewerkschaftler_innen wählbar sind, haben wir in unserer Fachgruppensitzung im April unsere Wahlprüfsteine für diesen Bereich verabschiedet:

Wahlprüfsteine der GEW Hamburg für die Bundestagswahl September 2021

- Eine gesetzliche Verbesserung der Bedingungen in der staatlich verantworteten Weiterbildung mit:
- Bundestariftreuegesetz (nur noch Träger mit Tarifverträgen bekommen Mittel aus der öffentlichen Hand)
- Eingruppierung entsprechend TVöD /Wettbewerb der Träger erfolgt über Qualität, nicht über den Preis
- Deutlich längerfristige Finanzierungsstrukturen für die Träger – unbefristete Feststellungen der Lehrenden für Regelaufgaben
- max. 25 UE (Unterrichtseinheiten zu 45 min) pro Woche bei Vollzeitstelle
- 64 Euro Honorar pro UE bei allen bundesweiten Berufssprach- und Integrationskursen;

- 42 Euro Honorar für alle übrigen staatlich verantworteten Weiterbildungsangebote
- Träger werden durch entsprechende Kursfinanzierung befähigt, Weiterbildung der Lehrenden und kollegialen Austausch zu finanzieren
- Innovations-Anschubfinanzierung für nachhaltige digitale Ergänzung der Lehre
- Durchführung einer Integrationskonferenz 'Weiterbildung' mit den zuständigen Ministerien, der Wissenschaft, Vertreter_innen der Träger, der Verbände und der Beschäftigten. Ziel: Zukunftspakt Weiterbildung 2022 bis 2030.

Bis dahin werden wir aber nicht mit weiteren Aktionen warten. Im Juni werden wir, wenn die Pandemielage es zulässt, uns vor Betrieben zu Wort melden.

DETLEF ZUNKER
Fachgruppe Erwachsenenbildung